

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 08.12.2015

Schule als Lern- und Lebensort gestalten - Schulsozialarbeit ausweiten und verstetigen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Schulsozialarbeit ist eine wichtige Ergänzung des Unterrichts an vielen Schulen in Niedersachsen. Zu den Aufgaben der an den Schulen tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zählen beispielsweise die Berufsorientierung, der Abbau von Benachteiligungen und die Verbesserung des Schulklimas.

Seit Einführung des sogenannten Hauptschulprofilierungsprogramms im Jahr 2003 ist es in Niedersachsen, finanziert durch Land und Kommunen, schrittweise zu einem erheblichen Ausbau der Schulsozialarbeit gekommen. Dies gilt vor allem für die weiterführenden Schulen. Von der Möglichkeit, über das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes ebenfalls Schulsozialarbeit zu finanzieren, haben bis Ende 2013 viele Kommunen Gebrauch gemacht.

Seitdem haben viele Kommunen die Finanzierung vollständig selbst übernommen. Die rot-grüne Landesregierung hat eine Übernahme der zuvor vom Bund finanzierten Schulsozialarbeiterstellen aus Landesmitteln bislang stets abgelehnt. Das von der rot-grünen Landesregierung seit Regierungsübernahme mehrfach angekündigte neue Konzept zur schulischen Sozialarbeit liegt bislang nicht vor.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. über ein Stufenkonzept bis 2018 allen Schulen in Niedersachsen die Möglichkeit zu eröffnen, Schulsozialarbeit einzuführen, dafür die entsprechenden rechtlichen Anpassungen vorzunehmen und in ausreichendem Maße Landesmittel zur Verfügung zu stellen,
2. in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept für die Schulsozialarbeit zu entwickeln mit dem Ziel, im Interesse der Schülerinnen und Schüler die schulische und die kommunale Sozialarbeit miteinander zu vernetzen und - je nach regionalem Bedarf - auch zu kombinieren,
3. dafür Sorge zu tragen, dass die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter im Rahmen des neuen Konzepts in der Regel unbefristete Arbeitsverträge erhalten.

Begründung

Die schulische Sozialarbeit in Niedersachsen ist in den letzten 15 Jahren erheblich ausgeweitet worden. Der Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern ermöglicht es Schulen, veränderten und gestiegenen Herausforderungen wie der verstärkten Berufsorientierung, dem Ausbau der Ganztagschulen und der Aufnahme zahlreicher junger Flüchtlinge angemessen zu begegnen. Damit leistet die Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag dazu, Schule als Lern- und Lebensort für die Schülerinnen und Schüler zu gestalten.

Derzeit verfügt noch nicht jede Schule in Niedersachsen über Unterstützung durch Angebote der Schulsozialarbeit. Verschiedene Modelle und Finanzierungskonzepte stehen nebeneinander. Dies wirkt sich auch auf die Beschäftigungssituation der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter aus, die bislang häufig befristete Arbeitsverträge erhalten.

Bereits im Dezember 2014 hat die CDU-Landtagsfraktion in ihrem Haushaltsantrag vorgeschlagen, ab dem Schuljahr 2015/2016 ein Stufenprogramm zum Ausbau und zur Verstetigung der schulischen Sozialarbeit aufzulegen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben dies abgelehnt.

Insbesondere seit Auslaufen der Finanzierung über das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes Ende 2013 haben zahlreiche Kommunen immer wieder eine Übernahme der Finanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land angemahnt. Beispielhaft ist hier die Resolution des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes vom 12. Mai 2014 mit dem Titel „Schulsozialarbeit dauerhaft sicherstellen“ zu nennen. Darin fordern die Vertreter der Kommunen Schulsozialarbeit an allen Schulen unabhängig von der Schulform.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender